

Für die Fünfte WTO-Ministerkonferenz in Cancun

Brücken Tägliche Nachrichten sind auf der ICTSD-Seite www.ictsd.org auf Englisch, Französisch, Spanisch, Deutsch, Portugiesisch, Chinesisch und Russisch erhältlich

Ausgabe 3

12. September 2003

BRINGT DER AGRAR-TEXT DES VORSITZENDEN DIE GESPRÄCHE VORAN?

Nach einem frustrierend schleppendem zweiten Tag könnten die Verhandlungen in Cancun endlich ins Rollen kommen, wenn am Freitag ein neuer Agrarentwurf veröffentlicht wird. Der Text ist nicht von den Mitgliedern verabschiedet, wird aber vom Vorsitzenden der Arbeitsgruppe (AG) veröffentlicht, um den Stillstand, der momentan in allen fünf AGn herrscht, auszulösen. In der Zwischenzeit gibt WTO-Generaldirektor Supachai Panitchpakdi Hilfestellung in den Verhandlungen über die Baumwollinitiative, der man sich in der Plenarsitzung am 10. September offiziell zuwandt.

Supachai leitet Diskussion über Baumwolle

Der Vorsitzende der Konferenz, Ernesto Luis Derbez, bat WTO-Generaldirektor Supachai die Diskussionen zu leiten, um den Anliegen der vier west- und zentralafrikanischen Staaten (WZA) bezüglich Baumwollsubventionen Dringlichkeit zu verleihen. Die WZA-Länder wollen, dass die WTO sich mit den Baumwollsubventionen der reichen Länder – insbesondere der USA – befasst, da jene Preise verzerren und die Existenz von Millionen afrikanischer Kleinbauern gefährden. An den Gesprächen können alle interessierten Parteien teilnehmen, wobei das erste Treffen am Donnerstagabend unter Mitwirkung der WZA-Staaten, der USA, der EU und anderer stattfindet. Die Gespräche werden am Freitag weitergeführt. Supachai fragte die EU, Japan, Pakistan, Indien und China, wie sie zu Themen wie Exportsubventionen und Übergangsschädigungen für betroffene Länder stünden. Wie berichtet, ist die G-21 und die Cairns-Gruppe an die WZA herangetreten, und die WZA müssen nun entscheiden, ob sie sich jenen anschließen oder nicht. Beide Gruppen könnten sich für die WZA-Position stark machen, aber die allgemeinen Prioritäten und Positionen der WZA decken sich möglicherweise weder mit denen der einen noch mit der anderen Gruppe. Zudem wollen die WZA-Staaten nicht ihren Status einer unter dem Vorsitz von Supachai geführten Extragruppe gefährden.

Baumwolle hat sich in Cancun zu dem entwicklungsorientierten Schlüsselthema gemauert (siehe Ausgabe 2). Die USA weigern sich kategorisch, Subventionssenkungen zu diskutieren, versuchen aber, die Länder zu überreden, eine Lösung zu akzeptieren, die den Textil- und Fasersektor im Allgemeinen anpeilt. Die WZA suchen jedoch nach einer gezielten Lösung, die das Problem unmittelbar angeht und Kleinbauern vor dem Ruin bewahren würde. Dafür schlagen sie einen dreijährigen Auslaufplan für Baumwollsubventionen und einen Mechanismus für Übergangsschädigungen vor. Ein WZA-Vertreter merkte an, die übergangsmässig zur Rettung der Kleinbauern geforderte Summe belaufe sich nur auf fünf Prozent der derzeitigen Baumwollsubventionen und fügte hinzu, dass Menschen im Restaurant 10 % Trinkgeld gäben, sie aber bäten um weniger. Er betonte auch, dass es leichter sei, das Problem zu vermeiden, als es später zu auszukurieren. Würden zahlreiche Baumwollpflanzer in den Bankrott getrieben, wären später Maßnahmen wie Nothilfe und Nahrungsmittelhilfe vonnöten.

Landwirtschaft

In den Verhandlungen der AG Landwirtschaft ergab sich bislang nur wenig Wesentliches. Obwohl Minister George Yeo Yong-Bon aus Singapur am Donnerstagabend sagte, er könne „einige Anzeichen von Flexibilität“ erkennen, gibt es anscheinend keine Chance auf einen

Konsens. Es wird nun erwartet, dass Minister Yeo – in eigener Verantwortung – am Freitagabend einen neuen Vorschlag für einen Rahmenentwurf für die Modalitäten der Agrarverhandlungen vorlegt. Der Text wird wahrscheinlich eine Mischung aus dem vorangegangenen Agrarentwurf und anderen Vorschlägen sein, aber keiner wagt eine Prognose, inwieweit er sich von seinen Vorgängern unterscheiden wird.

Da die G-21, die die Hälfte der Weltbevölkerung repräsentiert, den einzigen offiziellen Gegenvorschlag zum Ministertext vorgelegt hat, bilden die Verhandlungen der Gruppe mit weiteren Mitgliedern den Mittelpunkt des Geschehens. In von Minister Yeo am Donnerstag geleiteten Beratungen traf sich die G-21 für zwei Stunden nur mit der EU und den USA, wobei sie die gesamte Bandbreite ihrer voneinander abweichenden Rahmenvorschläge für die Modalitäten der Agrarverhandlungen durchgingen. Celso Amorim, Brasiliens Außenminister, der als Koordinator für die G-21 fungiert, sagte, die Treffen hätten „produktive Aspekte“, wollte aber keine konkreten Einzelheiten nennen.

Trotz der Berichte vieler Nichtregierungsquellen, die USA und die EU hielten Staaten aktiv davon ab, der G-21 beizutreten, stritt die Außenministerin von Ecuador ab, dass Ecuadors Teilnahme an der G-21 die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit den USA belasten würde. Sie und vier weitere G-21-Minister wiesen Anspielungen ab, die bunt zusammengewürfelte Gruppe drohe im Verlauf der Verhandlungen auseinanderzufallen. Stattdessen sagten die Minister, viele andere Länder seien ihnen wohlgesonnen oder hätten sogar den Wunsch bekundet, der G-21 beizutreten. Die G-21 hat eine Kontaktgruppe eingerichtet, um gemeinsame Positionen mit afrikanischen Staaten zu erkunden. Wie berichtet, ist die Türkei inzwischen beigetreten.

In einer Presseerklärung drückte Senator Chuck Grassley, seine Enttäuschung über diejenigen acht G-21-Mitglieder aus, die gerade Freihandelsabkommen mit den USA aushandeln. „Das lässt mich ihr [...] Interesse an der Eingehung erheblicher Marktzugangszugeständnisse anzweifeln, die notwendig sind, um Freihandelsabkommen mit den USA zu schließen“, so Grassley.

Andere Staaten zeigten keine signifikanten Veränderungen in ihren Positionen, so wie man sie bereits aus Genf kennt. Laut Quellen schlug die EU jedoch vor, Diskussionen über Produkte von besonderem Interesse für EL aufzunehmen, für welche Exportsubventionen vorrangig abgeschafft werden sollten. Der Entwurf des Ministertexts schlägt eine (bisher noch nicht spezifizierte) Auflistung solcher Produkte vor, wohingegen der Entwurf der G-21 Industrieländer zu einer pauschalen Abschaffung von Exportsubventionen für „Produkte von besonderem Interesse für EL“ verpflichten würde.

Singapur-Themen

Über die vier Singapur-Themen Investitionen, Wettbewerb, Transparenz im staatlichen Beschaffungswesen und Handelserleichterungen herrschte gestern beträchtliche Uneinigkeit. Nach offenen Treffen mit Mitgliedern am Donnerstagmorgen bemerkte der Helfer der Gruppe – der kanadische Handelsminister Pierre Pettigrew – dass einige Staaten lautstark gegen eine Aufnahme jedweder Verhandlungen sind, während andere ebenso vehement darauf bestehen, dass zu allen vier Themen Verhandlungen aufgenommen werden. Eine Gruppe von ELn, darunter

Bangladesh, China, Indien, Malaysia und Nigeria, gaben bekannt, dass es in Cancun weder jetzt noch später einen Konsens über Modalitäten für Verhandlungen über die Singapur-Themen geben werde.

Die malaysische Handelsministerin Rafidah Aziz schlug im Namen der Gruppe vor, die Gruppe mit ihren mehr als 70 Mitgliedern solle Verhandlungen über Modalitäten ablehnen und stattdessen die Gespräche zurück nach Genf zu verweisen. Aziz verurteilte Versuche, den Cancun-Verhandlungsprozess als Gesamtpaket zu werten, innerhalb dessen Tauschhandel zwischen den einzelnen Themengebieten möglich seien. „Jedes Thema sollte für sich allein betrachtet werden“, so die Ministerin. In jedem Fall gelte: „...hierbei wird es in Cancun nie zu einem ausdrücklichen Konsens kommen, darum sollte man sich anderen Themen wie Landwirtschaft und Dienstleistungen widmen, wo eine Einigung möglich ist.“ Sie sagte auch, dass eine Ablehnung, Verhandlungen zu den Singapur-Themen aufzunehmen, nicht als Entschuldigung gelten könne, Fortschritte im Bereich Landwirtschaft zu blockieren, welcher, wie sie insistierte, von anderen Bereichen entkoppelt bleiben muss.

Während die Gruppe der EL sagte, sie wären nicht bereit, Verhandlungen über die Singapur-Themen aufzunehmen, gingen sie jedoch nicht soweit, zukünftige Verhandlungen kategorisch abzulehnen. Vielmehr forderten sie mehr Zeit, um die Auswirkungen der Aushandlung neuer Themen besser zu verstehen und um die Schaffung von Kapazitäten in den EL zu verbessern.

Allerdings sind nicht alle EL gegen die Aufnahme von Verhandlungen in Cancun. Beim gestrigen Treffen sagten einige lateinamerikanische Länder- darunter Kolumbien, Peru und Chile - sie könnten die Ausarbeitung von Modalitäten unterstützen, vorausgesetzt, es gebe in anderen Bereichen Fortschritte, insbesondere im Bereich Landwirtschaft. Auch Marokko signalisierte Unterstützung für die Singapur-Themen. Die USA werden ihre Position darlegen, wenn die Gruppe am Freitag um 13 Uhr wieder zusammentritt.

Die EU, Hauptbefürworterin dieser Themen, legte drei Ziele für die Singapur-Themen in Cancun dar. Erstens sollten Verhandlungen aufgenommen und bis Januar 2005 beendet werden. Zweitens will die EU eine Einigung über den Umfang der Verhandlungen, und drittens sollen alle Staaten in ein Abkommen eingeschlossen werden.

Auf die Frage, wie er aus der Sackgasse herauskommen und die gegensätzlichen Position überbrücken wolle, sagte Pettigrew, Treffen mit anderen Staaten hätten mögliche Kompromisse aufgezeigt. Dazu gehöre, einige der Singapur-Themen jetzt zu verhandeln und andere zu vertagen. Oder einige Themen zu verhandeln, wobei aber Streitschlichtung nicht in die Modalitäten aufgenommen würde. Oder Tauschhandel zwischen Themengebieten zu ermöglichen. Oder aber ein plurilaterales Abkommen anzuvistieren. Pettigrew warnte aber, es sei schlichtweg zu früh, um über den weiteren Verlauf zu spekulieren.

Entwicklung

Unter Leitung von Kenia wurde die AG Entwicklung am Donnerstag in kleinen Gruppen und offenen Treffen einberufen. Die Mitglieder einigten sich, Entwicklungsthemen auf breiter Ebene anzusprechen, darunter: besondere und unterschiedliche Behandlung (S&D), Umsetzung, Rohstoffe, am wenigsten entwickelte Länder (LDC), kleine Volkswirtschaften und die WTO-Arbeitsgruppen für Handel, Schulden und Finanzen sowie für Handel und Technologietransfer. Verhandlungsnahen Quellen sagten, es wurde hauptsächlich über S&D verhandelt, obgleich es aussah, als ob es derzeit nur wenig Fortschritte gäbe.

Marktzugang für Industriegüter

Henry Tang Ying-yen (Hongkong), Helfer der AG Marktzugang Industriegüter, sagte, die Mitglieder seien insbesondere darüber uneinig,

ob eine Formel oder ein linearer Ansatz angewendet werden solle; und wenn eine Formel, dann welche Formel; sowie über eine Initiative, sich auf die Öffnung gewisser Schlüsselsektoren zu konzentrieren. Die Diskussionen werden meist in bilateralen Sitzungen geführt, wobei der Schweizer Botschafter, Pierre-Luis Girard – der die Industrie-Verhandlungsgruppe in Genf leitet – sich stark einbringt ist. Viele EL drängen darauf, dass sich die AG auf die Frage der Aushöhlung von Handelspräferenzen konzentriert. Dieser Punkt bekommt gerade viel Aufmerksamkeit.

Verschiedenes

Der Vorsitzende der AG für Verschiedenes, Clement Rohee aus Guyana, wies auf zwei Themenkomplexe hin, die wichtige Bedenken der Mitglieder reflektieren: Umwelt (die Frage „geladener Gast“/ Beobachter und Öko-Kennzeichnung) und geistige Eigentumsrechte (multilaterales Register für geographische Herkunftsangaben und Nicht-Verstoß – die Ausweitung der geographischen Herkunftsangaben wird in der AG Entwicklung unter „Umsetzung“ diskutiert). Rohee wies die Länder an, bilateral zu verhandeln, falls sie weitere Themen diskutieren wollen wie z.B. Dienstleistungen, ein Vorschlag Venezuelas. Wie erwartet, drängte die EU – unterstützt von Norwegen, Schweiz, osteuropäischen Staaten, Kanada und Korea – auf Diskussionen über Umweltschutz, was Robert Madelin vom EU General-Direktorat Handel als „Thema Nummer 2“ der EU nach Landwirtschaft bezeichnete. Die EU forderte auch die Wiederaufnahme einer Formulierung, in der die Sondersitzung des WTO Ausschusses für Handel und Umwelt (CTE) angehalten wird, „seine Arbeit zu beschleunigen“. Dieser Wortlaut tauchte in der zweiten Fassung des Ministertexts nicht mehr auf. Neuseeland war offen für Gespräche über die Frage des „geladenen Gastes“ und Öko-Kennzeichnung, während Chile, die USA und Australien nur ersteres unterstützten. Brasilien und Indien lehnten alle Umweltdiskussionen ab. Den Beobachterstatus in „geladener Gast“ umzubenennen wurde als Versuch der EU gewertet, die CTE-relevanten Diskussionen unter Paragraph 31(ii) von der generellen Beobachterstatus-Debatte im Allgemeinen Rat zu trennen, und so die Bedenken von Ägypten und anderen arabischen Staaten zu zerstreuen, eine diesbezügliche Entscheidung könnte eine Debatte auf breiterer Ebene verhindern. Die Beziehung zwischen multilateralen Umweltabkommen und WTO-Regeln, ausgehandelt unter Paragraph 31(i), wurde in der Gruppe nicht thematisiert, würde aber durch die Forderung der EU nach beschleunigten Verhandlungen abgedeckt.

Kambodscha und Nepal treten der WTO bei

Die Minister billigten die Beitrittsprotokolle für Kambodscha und Nepal, womit diese als erste LDCs, die den gesamten Verhandlungsprozess durchlaufen haben, 147. und 148. WTO-Mitglied werden. Rufus Yerxa, stellvertretender WTO-Generaldirektor, betonte im Namen des Vorsitzenden der AG, die Kambodschas Mitgliedschaft ausgehandelt hat, dass „die Bedingungen dieses Beitritts nicht Kambodschas Wahrnehmung der Vorteile nach der Doha-Erklärung zum TRIPs-Abkommen und Volksgesundheit ausschliessen“.

NRO von Briefings ausgeschlossen

Eine Reihe von NRO demonstrierte auf einer US-Presseerklärung, um Aufmerksamkeit auf das Inkrafttreten des Cartagena-Protokolls über Biosicherheit am 11. September zu lenken. Nach heißen Debatten mit Journalisten wurden alle NRO von den Pressekonferenzen im Convention Centre ausgeschlossen. Briefings für NRO werden im Fiesta Americana Coral Beach Hotel gegenüber des Zentrums abgehalten.

Zur Tagesordnung

Die fünf Helfer werden den Mitgliedern am Montag um 10 Uhr Bericht erstatten. Die Gruppen treffen sich weiterhin am Nachmittag.